

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Stabilitätspolitik wird komplizierter

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1974) : Stabilitätspolitik wird komplizierter, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 5, pp. 224-225

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134675>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Stabilitätspolitik wird komplizierter

Das fünfundzwanzigjährige Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland ist Anlaß zu mancherlei Rückblick. Notwendigerweise gehört dazu die Bilanzierung der auf wirtschaftlichem Gebiet erreichten Ergebnisse. Eindrucksvolle Posten finden sich auf der Aktivseite. Seit fünfzehn Jahren herrscht nahezu permanente Vollbeschäftigung, darüber hinaus ist unsere Volkswirtschaft zum größten Arbeitgeber Europas für Ausländer geworden. Der Lebensstandard der Bevölkerung, mißt man ihn am verfügbaren Einkommen der Privaten, gehört zur Spitzengruppe in der Welt. Die außenwirtschaftliche Stärke des Landes sucht ihresgleichen; fast ist der erste Platz in der Skala der Welthandelsländer erreicht. Und selbst der Grad der Geldwertstabilität ist beachtlich, wenn man beim internationalen Vergleich bleibt.

Allein, hier beginnt der Maßstab fragwürdig zu werden. Es ist ein schwacher Trost, wenn die Bundesrepublik in diesem Jahr als wahrscheinlich einziges Industrieland unter der Zehn-Prozent-Marke des Verbraucherpreisanstiegs bleiben wird. Vielmehr hat die Geldwertentwicklung ein Stadium erreicht, in dem sie nicht länger als „Schönheitsfehler“ einer ansonsten mehr oder weniger befriedigenden Entwicklung angesehen werden darf.

Die Versuchung mag groß sein, sich mit der Erwartung zu beruhigen, nach der Überwindung des „Ölschocks“ und seiner unvermeidlichen Preiskonsequenzen werde sich alles zum Besseren wenden. Immerhin zeichnet sich die Möglichkeit einer Konjunkturwende noch für dieses Jahr ab. Schon das nächste Jahr könnte wieder im Zeichen eines Aufschwungs stehen. Käme es 1975 zu einem den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wieder erhöhenden Wirtschaftswachstum, dann würde die Beschäftigungslage wieder verbessert. Auch eine Verringerung des überhöhten Außenbeitrages durch einen verstärkten Einfuhranstieg wäre zu erwarten. Die gegenwärtige Höhe dieser Überschüsse bedeutet nicht nur einen kaum wünschbaren Umfang der Verwendung unserer Produktion für das Ausland, sondern auch eine erhebliche Störung der durch die „Ölkrise“ erforderlich gewordenen Anpassungsprozesse in den Zahlungsbilanzen der meisten anderen Industrieländer.

Dagegen ist es eine offene Frage, ob man auch mit einer Dämpfung des Preisauftriebs wird rechnen können. Zwar ist zu erwarten, daß der enorme kosten- und preistreibende Effekt der Rohöl- und Rohstoffverteuerung bis dahin weitgehend abgeklungen sein wird. Doch das ist noch keine hinreichende Bedingung für eine Verlangsamung des Preisanstiegs. Hinzu kommen müßte, daß mit dem Antizipieren von zumindest gleichbleibenden Preissteigerungen aufgehört wird, was inzwischen zu einem dominierenden Bestimmungsgrund der Preisentwicklung geworden zu sein scheint.

Auf kurze Sicht wird die Wirtschaftspolitik ihre Aufgabe darin sehen müssen, einerseits die Wende zu einem neuen Aufschwung nicht zu verhindern, denn das würde sogar eine Verschärfung der Beschäftigungs- und Zahlungsbilanzprobleme bedeuten. Andererseits darf sie den Spielraum für Preiserhöhungen aber nicht noch größer werden lassen, als er zur Bewältigung des schon unvermeidbaren Preisanstiegs – aufgrund von Öl- und Rohstoffverteuerung sowie der hohen Lohnabschlüsse – ohnehin sein muß. Dieses ist in erster Linie eine Aufgabe der Geldpolitik, jenes eine der Finanzpolitik. Dabei dürfen die vielfältigen Zusammenhänge von Geld- und Finanzpolitik allerdings nicht außer acht gelassen werden.

Von der Art der Finanzierung öffentlicher Haushaltsdefizite wird es abhängen, inwieweit die Geldpolitik eventuell sogar verschärft werden muß. Zweifellos ist das eine Gratwanderung, die sehr hohe, vielleicht zu hohe Anforderungen an die Steuerungskunst der wirtschaftspolitischen Instanzen stellt. Eine Chance, mehr für die Stabilität zu tun, hat die Wirtschaftspolitik erst wieder bei den großen Lohnrunden am Ende des Jahres. Bis dahin muß sie Daten gesetzt haben, die Unternehmer und Gewerkschaften wenn schon nicht von der Notwendigkeit, so doch wenigstens von der Angemessenheit eines stabilisierungskonformen Verhaltens überzeugen. Hier ist vor allem an die öffentlichen Haushalte für 1975 zu denken.

Über die Dringlichkeit, die Inflationsbekämpfung so bald wie möglich wieder zu dem vorrangigen Anliegen der Wirtschaftspolitik zu machen, sollte angesichts der kaum absehbaren ökonomischen und gesellschaftlichen Schäden einer anhaltend starken oder sogar verstärkten Geldentwertung kein Zweifel bestehen. Dies vor allem deshalb, weil bei längerem Anhalten dieser Entwicklung auch für die Beschäftigung zunehmend Gefahr droht. Das Beispiel anderer Länder zeigt, daß ein „losgelöstes“ Preis- und Lohnverhalten sogar bei expansiver Wirtschaftspolitik zum Beschäftigungsrückgang führen kann. Hauptansatzpunkt der Inflationsbekämpfung muß daher die Dämpfung der Preissteigerungserwartungen sein. Wegen der Dauer, Stärke, weltweiten Verbreitung und deutlichen Tendenz zur Beschleunigung der Geldentwertung ist das Inflationsbewußtsein inzwischen so geschärft, daß die Öffentlichkeit nur noch schwer von einer Wende zu einer stabileren Entwicklung überzeugt werden kann.

Dämpfung der Inflationserwartungen erfordert, allgemein ausgedrückt, eine „glaubhafte“ Stabilisierungspolitik, eine Politik also, von der eine breite Öffentlichkeit überzeugt ist, sie werde zu einer Wende der Preisentwicklung führen. In der Realität muß man wohl feststellen, daß die Skepsis gegenüber der Möglichkeit zu einer solchen Politik heute weit verbreitet ist. Manche haben dabei die offensichtlich enger gewordenen gesellschaftlichen Grenzen für die Durchsetzbarkeit einer Stabilisierungspolitik im Auge, andere die zunehmenden Zweifel an der Wirksamkeit der wirtschaftspolitischen Instrumente. Für beides gibt es auch nach den Erfahrungen in der Bundesrepublik eine Reihe von Beispielen. Im Lichte ausländischer Erfahrungen und offenbar auch in unserem Land veränderter Verhaltensweisen wird immer häufiger sogar bezweifelt, ob durch eine Politik der Nachfragerestriktion überhaupt noch eine Dämpfung des Preisauftriebs erreicht werden kann oder ob sie nicht in erster Linie zu Produktions- und Beschäftigungsrückgängen führt. Doch das sind ungesicherte Vermutungen, die nicht den Schluß rechtfertigen können, auf Nachfragesteuerung zu verzichten.

Vielmehr muß weiterhin die Lösung darin gesehen werden, durch ein Zusammenwirken von Geld-, Finanz- und Währungspolitik den Aufbau eines Inflationspotentials zu verhindern und damit deutlich zu machen, daß das Ziel „Dämpfung des Preisauftriebs“ nicht abgeschrieben ist. Angesichts der ökonomischen Macht der sogenannten autonomen Gruppen hängt allerdings viel von deren Verhalten ab. Eklatante Beispiele für Verhaltensweisen, die letztlich die Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung in unerträglichem Maße einengen, hat es in diesem Jahr sowohl auf der Gewerkschafts- wie auf der Unternehmerseite gegeben. Sollte unter diesen Umständen die konventionelle Nachfragesteuerung auch in der Bundesrepublik stabilitätspolitisch weiter an Wirksamkeit verlieren, besteht die Gefahr, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen Zuflucht zu direkten Eingriffen nehmen und damit – nach den ausländischen Erfahrungen zu urteilen – mehr Probleme schaffen als lösen.